

behalte bei den ostdeutschen Katholiken, wenn sie selbst erfahren, welche Möglichkeiten die Verbände im Bereich von Weiterbildung und (sozial-)politischem Engagement durchaus bieten können, aber auch vor allem in dem Maße, wie die Verbände selbst nicht den ostdeutschen Katholiken das Gefühl geben, das Rad müsse gewissermaßen mit ihnen neu erfunden werden.

Andererseits – und das ist längst absehbar –, die Bäume der Verbände werden auch in Ostdeutschland nicht in den Himmel wachsen. Beim Aufbau des Verbandswesens wird man dort auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen, wie sie seit langem in der

„alten“ Bundesrepublik bestehen. Es wäre eine Illusion zu glauben, das Verbandswesen ließe sich über den Umweg Ostdeutschland wiederbeleben. Das Verbandswesen steht gegenwärtig im ganzen deutschsprachigen Raum und darüber hinaus vor Weichenstellungen und Veränderungen, die im Optimismus der sich im Osten Deutschlands neu ergebenden Möglichkeiten vielleicht hier und da vergessen wurden (vgl. zu der Diskussion den Studientag der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1988; Wortlaut der Texte in: Arbeitshilfen des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz, Heft 61; vgl. HK, November 1988, 540).

K. N.

nend, die wirklichen Übel und deren menschliche und gesellschaftliche Wurzeln beim Namen nannte. Das Echo darauf war entsprechend nachhaltig, aber weit weniger heftig als auf die Rede des Konferenzvorsitzenden.

Im Verhältnis am ruhigsten blieb es nach der Veröffentlichung der *Botschaft zum Tag für das Leben*, wengleich der Ständige Rat sich hier mit ungewöhnlicher Schärfe zu Wort meldete (vgl. den Wortlaut im „Osservatore Romano“, 16. 11. 91) und den Respekt vor dem Leben und dessen gesetzlichen Schutz zur Grundlage des Friedens und einer auf Solidarität beruhenden gesellschaftlichen Ordnung schlechthin erklärte.

Zwar gab es angesichts der Präzision der Botschaft, die sich auf alle Formen der Gefährdungen menschlichen Lebens, von der Euthanasie über die Drogentoten bis zu Kindesmißhandlungen in den Führungen bezog – sie alle seien „Anschläge“ auf das Leben –, auch dazu polemische Töne. Zum Beispiel wurde in einem Artikel im „Corriere della Sera“ (15. 11. 91) den Bischöfen unterstellt, sie setzten Abtreibungsbefürworter („abortisti“) mit Mafiosi gleich. Auch fehlte nicht der hämische Hinweis auf Umfrageergebnisse, nach denen nur noch 1,6 Prozent der italienischen Katholiken die Befolgung bischöflicher Weisungen für wichtig halten. Doch im Verhältnis zum Sturm, den der Konferenzvorsitzende mit seiner Forderung nach der politischen Einheit der Katholiken auslöste, waren das linde Lüftchen.

Der Kardinal hatte sich in seiner Rede vor dem Ständigen Rat ausdrücklich gegen das zum Teil von hoher Warte, u. a. von Staatspräsident *Cossiga* und auch von prominenten katholischen Intellektuellen verwendete Argument gewandt, die *politische Einheit der Katholiken* habe in Zeiten kommunistischer Gefahr ihre Notwendigkeit, jedenfalls ihre Berechtigung gehabt, werde aber jetzt nach dem Umbruch in der Sowjetunion und dessen Auswirkungen auch auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Italien weit weniger wichtig (vgl. *Corriere della Sera*, 24. 9. 91).

## Italien: Die Bischöfe und die politische Krise des Landes

Gleich dreimal erregten die italienischen Bischöfe im Spätjahr 1991 öffentliches Aufsehen. Sie schreckten damit vor allem die politische Klasse des Landes auf. Das erste Mal Ende September anlässlich der Herbstsitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz, das zweite Mal mit einer vom 4. Oktober datierten, aber erst im November veröffentlichten „nota pastorale“, einem Mahnschreiben mit dem Titel „Zur Gesetzestreue erziehen“ (*educare alla legalità*) (vgl. *il regno-documentazione*, 1. 12. 91), das dritte Mal wenige Tage später durch eine im voraus veröffentlichte „Botschaft“ zum 14. „Tag des Lebens“ am 1. Sonntag im Februar 1992.

Genau genommen handelte es sich in keinem der drei Fälle um Stellungnahmen des Gesamtepiskopats. Der Vorgang im September bezog sich auf eine Ansprache des erst im März 1991 vom Papst neuernannten Vorsitzenden der italienischen Bischofskonferenz und Kardinalvikars der Diözese Rom, Kardinal *Camillo Ruini*. Verantwortlich für die Pastoralnote vom 4. Oktober zeichnete die bischöfliche Kommission *Justitia et Pax*, an deren Spitze

zwar ein Bischof, der Bischof von Pavia, *Giovanni Volta*, steht, der aber wie den *Justitia et Pax*-Kommissionen in anderen Ländern auch anerkannte Fachleute, mehrheitlich Laien, angehören. Nur im dritten Fall, bei der Botschaft zum Tag für das Leben, handelt es sich um ein Dokument des Ständigen Rates als Leitungsorgan der Konferenz, damit um ein Papier im Namen der Gesamtkonferenz, wenn auch nicht von der Vollversammlung des Episkopats verabschiedet.

### Ein scharfes Hirtenwort zum Schutz des Lebens

Am meisten politischen Lärm verursachte Kardinal Ruini mit seinen Ausführungen auf der Herbstsitzung des Ständigen Rates über die „politische Einheit der italienischen Katholiken“. Viel brisanter indessen war die Pastoralnote der *Justitia et Pax*-Kommission, weil damit zum ersten Mal ein kirchenamtliches Gremium zu einer Generalkritik an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen des Landes ansetzte und, weder die Bürger noch deren politische Vertreter scho-

## Kardinal Ruini: Die politische Einheit der Katholiken gilt weiter

Der Kardinal dagegen: Die Verteidigung der Demokratie und der politischen Freiheit sei *ein* Ziel des gemeinsamen Einsatzes der Katholiken gewesen, aber keineswegs das einzige, bzw. Demokratie und politische Freiheit seien die Voraussetzung dafür, daß sich die Katholiken öffentlich für die Werte einsetzen können, die sie als Ausdruck der Wahrheit über den Menschen für grundlegend halten. Es seien diese Werte selbst, die einen „übereinstimmenden und einheitlichen Einsatz“ verlangten. Deswegen bleibe die von den Bischöfen seit je – in Übereinstimmung mit dem Papst – erhobene Forderung nach der politischen Einheit der Katholiken „vollgültig“. Und um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, wie diese Einheit gemeint sei, fügte der Kardinal hinzu: Es gehe zwar in erster Linie um die Werte selbst und weniger um die politischen Formationen, die von manchen einseitig herausgestellt würden. Aber es sei „schwer einzusehen“, welche Vorteile das Land von weiterem Druck in Richtung Spaltung und Zerstückelung haben sollte.

Das Monitum des Kardinals kam nicht von ungefähr. Zur *Democrazia Cristiana* gibt es zwar nach wie vor keine Alternative, angesichts der durch den Umbruch im Osten verunsicherten und gespaltenen kommunistischen Linken weniger denn je. Aber es beginnt in mehreren Richtungen zu bröckeln. Die regionalistischen „*Leghe*“, mit ihren stark rechtskonservativen, gelegentlich auch rassistischen Untertönen setzen der DC neuerdings besonders im Norden Italiens zu. Bei den jüngsten Gemeindevahlen in Brescia überflügelten sie die DC zum ersten Mal sogar knapp. Verfechter einer „saubereren“, weniger kompromittierten Politik, als sie die DC mit ihrem ewig gleichen und doch stets auswechselbaren Führungspersonal heute noch darstellt, gewinnen an Boden. „*La rete*“ (das Netz), die neue Bewegung des früheren, von der DC trotz eines ihm zu verdankenden

großen Wahlerfolges abservierten ehemaligen Bürgermeisters von Palermo, *Leoluca Orlando*, eines engagierten Katholiken, kann inzwischen sogar im Norden beträchtliche Anfangerfolge aufweisen.

*Der Papst* indessen wünscht mehr politisch-gesellschaftliche Präsenz der Katholiken und erhofft sich von deren geschlossenem Auftreten mehr Wirkung als von einem pluralen Katholizismus, wie ihn für das politische Wirken „*Gaudium et spes*“ (Nr. 43) zugrunde legt. Die Bindungen zwischen Vatikan und italienischem Episkopat sind wieder enger. Daß in der Person Kardinal Ruinis bereits zum zweiten Mal der Päpstliche Vikar für die Diözese Rom zum Konferenzvorsitzenden ernannt worden ist, macht das nicht nur symbolisch deutlich.

Das *steigert zugleich die Empfindlichkeit vor allem der sog. laizistischen Parteien*, deren periodisch aufblitzender Antiklerikalismus im Gefühl jahrhundertalter Bevormundung durch Papsttum und Kirche tiefe Wurzeln geschlagen hat. Der Aufschrei bei den bürgerlichen laizistischen Parteien, vor allem bei den radikal-liberalen Republikanern, gegen das Monitum Ruinis war deshalb ebenso groß, wie bei den Sozialisten, die mit ihrer Demarche beim Episkopat bewirkten, daß sich der Ständige Rat und vor allem der Papst selbst entschieden vor den Kardinal stellten. Der Slogan, man brauche keinen Babysitter im Vatikan, der gelegentlich bis in die Reihen der DC hinein zu hören ist, gibt Stimmung und Defizite auf beiden Seiten realistisch wieder.

Wurde also der richtigen Diagnose die falsche Therapie vorangestellt? Vergleicht man die autoritative Mahnung Kardinal Ruinis und die öffentliche Aufregung darüber mit dem, was in der Pastoralnote vom 14. Oktober als Zustandsbeschreibung festgehalten wird, entsteht jedenfalls *der Eindruck einer starken Spannung* zwischen dem, was in der Rede des Kardinals postuliert, und dem, was durch die Verhältnisse gefordert ist.

Ungeschminkt und mit viel Wirklichkeitssinn wird *in dem Dokument der Justitia et Pax-Kommission* geschil-

dert, woran Italien seit langem und immer mehr krankt. Die *Grunddiagnose des Papiers*: Die politischen und bürgerlichen Verhaltensregeln, ohne die eine Gesellschaft nicht friedlich existieren könne, drohten vor die Hunde zu gehen. „Wenn klare und legitime Regeln des Zusammenlebens fehlen oder wenn diese Regeln nicht angewandt werden, gewinnt Gewalt die Oberhand über die Gerechtigkeit, die Willkür über das Recht mit der Folge, daß die Freiheit gefährdet wird, ja zu schwinden droht.“ Genau das aber sei *das* Problem im gegenwärtigen Italien.

## Eine Philippika der Justitia-et-Pax-Kommission

Im zentralen Kapitel über „das Schwinden der Legalität“ (*L'eclissi della legalità*) zählt die Pastoralnote eine lange Liste von Mißständen auf, die Italien politisch jetzt schon und mittelfristig auch wirtschaftlich in eine Existenzkrise hineinschlittern lassen:

– *Zunahme des „kleinen“ und des großen, organisierten Verbrechens*: Die guten Wirkungen des Rechts würden immer geringer, die Zahl der Opfer um so größer. Die Antworten der staatlichen Autoritäten darauf seien schwach und konfus und oft von rein deklamatorischem Wert. Das führe zur Abstumpfung der Öffentlichkeit; es fehle an einer Mobilisierung der Gewissen ebenso wie an Entscheidung der politischen Instanzen.

– *Auflösung der Solidaritätsstrukturen „im kleinen“ und Schwinden des Sinnes für die sozialen Zusammenhänge „im großen“* und die daraus sich ergebenden Verpflichtungen: Es gäbe eine Entwicklung hin zu krasser Subjektivität, die Gesellschaft drohe sich in interessenbestimmte Partikularismen aufzulösen; die Inhalte der Politik würden verschwinden.

– *Verfall der politischen Institutionen*: Parteienherrschaft bei gleichzeitiger Ohnmacht der Parteien bei der Verwirklichung dessen, was politisch notwendig wäre; das führe zu einer Vermachtung der Gesellschaft und

zugleich zu einer Entleerung der politischen Inhalte.

– *Verfremdung der Gesetze*: Sie dienen häufig weniger der Allgemeinheit und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte, seien vielmehr häufig das ausgehandelte Ergebnis der Übereinkunft zwischen organisierten Interessen, die sich häufig eine Art Vetorecht bei der Gesetzgebung herausnehmen würden.

– *Entmachtung des Parlaments*: Dieses werde zum bloßen Instrument notarieller Beglaubigung der bereits anderswo getroffenen Entscheidungen.

– *Gesetzgebungsdschungel*: Es gebe zu viele und zu unklare Gesetze; die Gesetzgebung wirke aufgebläht und zugleich zusammenhanglos. Gesetzesübertretungen folgten häufig keine Sanktionen; von vornherein absehbare Steueramnestien und Straferlasse führten dazu, daß die Bürger die Gesetze und die rechtsstaatliche Ordnung überhaupt nicht mehr ernst nähmen.

Das Dokument vermeidet es, einseitig den Politikern die Schuld an den Verfallserscheinungen des Landes zu geben. Es sucht die Wurzeln des Übels auch *nicht allein* in den staatlichen Institutionen und im Verhalten der politischen Führungsgarnitur und des Gesetzgebers, der das Funktionieren der rechtsstaatlichen Institutionen zu garantieren hat. Es sieht die Ursachen dafür durchaus auch in der Gesellschaft und beim Bürger selbst. Das

ganze Papier ist ein nachhaltiger Appell zur politischen Gewissensschärfung, will Gemeinsinn wecken bei den Politikern selbst wie bei den Vertretern organisierter Interessen und beim Bürger als dem individuellen Subjekt der Gesellschaft.

## Verkehrtes Signal zur falschen Zeit?

Es will die Verantwortung für die öffentlichen Dinge stärken, geht aber wenig den geschichtlichen Ursachen der jetzigen Malaise nach. An diesen hat die Kirche in Italien und hat das Papsttum selbst einen nicht zu unterschätzenden Anteil, soweit damit Gründe für das defizitäre Verhalten des einzelnen und der gesellschaftlichen Kräfte gegenüber dem Allgemeinwohl und deren Widerspiegelung in den politischen Strukturen des Landes gemeint sind.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen bestimmten geschichtlich gewachsenen katholischen Verhaltensweisen und einer spezifisch italienischen Vernachlässigung der Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Unter Berufung auf die von der Kirche zu vermittelnde „höhere Barmherzigkeit“ wurde der Staat als Garant der Rechtsordnung zu häufig als etwas Zweitrangiges angesehen. Das hat Wirkungen auf die Bevölkerung und auf die Art, Politik zu verstehen und zu praktizieren. Die DC selbst, aus-

gelaugt von langer Machtausübung und in viele Gruppierungen und Grüppchen aufgespalten, ist ein getreues Spiegelbild solcher Wirkungen. Gerade sie verkörpert eine Entwicklung, die Italien gesellschaftlich und in seinen staatlichen Institutionen mehr und mehr von innen her bedroht. Genau das will die Pastoralnote zum Ausdruck bringen.

Da fragt man sich, ob die Mahnung zur politischen Geschlossenheit, die praktisch der Aufforderung gleichkommt, sich um die DC zu scharen, nicht *kontraproduktiv* oder jedenfalls ein verkehrtes Signal zur falschen Zeit ist. Welchen Sinn kann es in einer Situation, in der Italien an die Grenzen seines Überlebens als geordnete Gesellschaft kommt, noch haben, den Schulterfluß mit der Partei zu fordern, die für eine äußerst prekäre Entwicklung mitursächlich verantwortlich ist? Und kann Bindung an eine bestimmte Partei überhaupt noch ein Zukunftskonzept sein? Kommt es nicht vielmehr darauf an, Katholiken in allen Lagern und aus allen Richtungen zu mobilisieren, damit diese mit allen Kräften guten Willens sich für die *Wiedergesundung des Landes und seiner politischen Strukturen* einsetzen? Der Zwiespalt zwischen der Mahnung des Kardinals zum politischen Zusammenhalt der Katholiken und der tatsächlichen Verfaßtheit des katholischen politischen Lagers in Italien ist jedenfalls offensichtlich. D.S.

# Fin de siècle oder Ende einer Präsidentschaft

## Umbruchstimmung in Politik, Gesellschaft und Kirche Frankreichs

*Frankreich tut sich schwer mit sich selbst. Zehn Jahre nach Amtsantritt von Präsident François Mitterrand zeigen die politischen Institutionen der V. Republik mehr denn je ihre Tücken. Ein Poker um ihre Veränderung hat begonnen. Das nach Mittel- und Osteuropa sich erweiternde Europa verunsichert ein Land, das gerne eine Sonderrolle spielte. Die Franzosen sind der traditionellen politischen „Religionskriege“ überdrüssig. Und der katholischen Kirche werden ihre Motive dafür, zu einem neuen Miteinander von Staat und Religion zu kommen („nouvelle laïcité“), vielfach nicht abgenommen.*

In der französischen Öffentlichkeit macht gegenwärtig ein Wort die Runde, das sich nur in neueren Wörterbüchern findet: In älteren stößt man zwar auf das Adjektiv „sinistre“ (zu deutsch: unheilvoll) bzw. das Nomen „le sinistre“ (Unglück), das Substantiv „la sinistrose“ (Unglückspsychose) sucht man jedoch vergeblich. Aber genau dies Wort scheint gegenwärtig die Stimmung in Frankreich besser als viele andere Wörter wiederzugeben: Das Land wird gegenwärtig von einer Welle von Nachdenklichkeit erfaßt, die so gar nicht zum bekannten Selbstbewußtsein der „grande nation“ passen will.